

## IWH hebt seine Prognose für 2006 an

**Halle/Leipzig** (wer). Das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) hat seine Konjunkturprognose für dieses Jahr angehoben. Nach Ansicht der Wissenschaftler wird das Bruttosozialprodukt um zwei Prozent gegenüber 2005 zulegen. Bislang hatten die Ökonomen aus Halle mit einem Wachstum von 1,7 Prozent gerechnet. Die Wirtschaftspolitik rege Investoren und Konsumenten zu zusätzlichen Anschaffungen an, heißt es im gestrigen veröffentlichten Konjunkturbericht des IWH. „Der Aufschwung erfährt in diesem Jahr vor allem Impulse aus dem Inland.“ Die Lage am Arbeitsmarkt werde sich „weiter verbessern“. Die Zahl der Erwerbslosen werde deutlich unter dem Vorjahresniveau liegen.

Allerdings stiegen die Konsumausgaben auch deshalb, weil der Staat die Mehrwertsteuer erhöhen wolle und die privaten Haushalte Käufe vorzögen. Die Einkommen hingegen nähmen nur leicht um 0,1 Prozent zu. Für Anfang 2007 sagten die Ökonomen deshalb einen „kräftigen Rückschlag“ voraus. Die Steuerpolitik werde den Konsumenten Kaufkraft entziehen und Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft haben. Ein Ausgleich durch eine verstärkte Nachfrage aus dem Ausland sei unwahrscheinlich, weil die Weltwirtschaft an Schwung verliere. Deshalb senkt das IWH seine Konjunkturprognose für das nächste Jahr von 1,2 auf 0,8 Prozent. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt werde sich dadurch „leicht eintrüben“.

Jedoch nur zu Beginn des Jahres. Die Forscher prognostizieren für die zweite Jahreshälfte eine konjunkturelle Belebung und glauben, dass die Beschäftigtenzahl wieder zunehmen wird. „Insgesamt setzt sich die Besserung am Arbeitsmarkt fort.“ Gleichzeitig werde das Staatsdefizit weiter zurückgehen, hervorgerufen im Wesentlichen durch den höheren Mehrwertsteuersatz.

## Jurk: Keine Einschnitte im Nahverkehr

**Dresden** (dpa). Trotz Kürzung der Bundeszuschüsse wird es laut Wirtschaftsminister Thomas Jurk (SPD) in Sachsen keine Einschnitte im öffentlichen Nahverkehr geben. Die fünf Verkehrsverbände erhielten in diesem Jahr 379 Millionen Euro, fünf Millionen mehr als 2005, teilte Jurk gestern mit. Hinzu kämen 111 Millionen Euro aus dem Landesinvestitionsprogramm für den öffentlichen Nahverkehr. Die Lücke durch den Wegfall der Bundesmittel sei durch eigene Mittel und Umschichtungen im Haushalt geschlossen worden. Befürchtungen, Kürzungen des Bundes würden zu einem „Streckensterben“ oder zu drastischen Fahrpreiserhöhungen führen, hätten sich nicht bewahrheitet.

## VW einigt sich in Brasilien

**Sao Paulo** (dpa). In dem seit Monaten andauernden Konflikt um Massenentlassungen bei Volkswagen in Brasilien haben Arbeitgeber und Gewerkschaften jetzt eine Einigung erzielt. Wie brasilianische Medien berichteten, wurde ein Abkommen über die Streichung von 3800 Stellen bis 2008 im VW-Werk Sao Bernardo im Bundesland Sao Paulo erreicht. Die Einigung sei zustande gekommen, weil VW verbesserte Anreize für freiwillige Kündigungen zugesagt habe. Die Pläne sollen den rund 12 400 VW-Mitarbeitern morgen zur Abstimmung vorgelegt werden.

## Aldi nimmt Bon-Ri aus Sortiment

**Berlin** (ddp). Aldi-Nord hat auf Berichte über den illegalen Verkauf von angeblich genmanipuliertem Reis der Marke Bon-Ri in seinen Filialen im Raum Norddeutschland und Berlin reagiert und das Produkt in den betroffenen Märkten aus dem Regal genommen. Lediglich in einzelnen Filialen im Raum Berlin könne noch Reis der zurückgenommenen Marke in den Regalen liegen, so das Unternehmen.

## WIRTSCHAFT KOMPAKT

**In der Stahlindustrie** Nordrhein-Westfalens haben sich gestern im Tarifstreit um höhere Löhne 6300 Beschäftigte an Warnstreiks beteiligt.

**Gaz de France** steigerte im ersten Halbjahr seinen Überschuss um 44 Prozent auf 1,7 Milliarden Euro; der Umsatz des größten Gasversorger Westeuropas stieg um 37 Prozent auf 15,2 Milliarden Euro.

**Thüringens Industrie** steigerte in den ersten sieben Monaten 2006 die Umsätze gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,3 Prozent auf 15,2 Milliarden Euro.

**Nokia** hat ein Abkommen mit einem Vertragsvolumen von mehr als zwei Milliarden Euro für 2006 auf dem chinesischen Markt abgeschlossen.

**Die Deutschen** haben 2005 im Schnitt 14,8 Kilo Fisch und Meerestiere verzehrt, ein Kilo mehr als im Vorjahr.

**Rosoboronexport**, staatlicher russischer Rüstungsexporteur, hat 41 Prozent der Anteile des weltgrößten Titanproduzenten VSMPO-Avisma, der auch Boeing und Airbus beliefert, gekauft.

**Bei der Apfelerte** in Sachsen wird eine mit 90 000 Tonnen rund zehn Prozent größere Ernte als im Vorjahr erwartet.

# Sony am Scheideweg

Elektronikkonzern hat Unterhaltungsindustrie revolutioniert und muss sich jetzt selbst umkrepeln

den Walkman erfand und einmal als Innovationsmotor gegolten hat, viele der neueren Entwicklungen in der digitalen Unterhaltungselektronik verpasst. So ließ Sony allzu lange beispielsweise LCD-Fernseher und MP3-Player links liegen – und versuchte dann mit einem um so größeren Aufwand an Kapital, den Anschluss wieder zu finden. Das erwies sich als fatal, weil der Kraftakt mit einem

2006 noch einen Nettogewinn von 915 Millionen Euro. Das ist zwar ein Viertel weniger als im Vorjahr – Analysten hatten aber mit mehr als 50 Prozent Minus gerechnet.

Konzernchef Howard Stringer offenbar auch: Um gegenzusteuern, ordnete er Bereichsschließungen, Massenentlassungen – bis März hatte Sony weltweit fast 30 000 Jobs abgebaut – und die „Konzentration auf profitable Bereiche“ an.

Dazu gehören ohne Frage auch die Spielkonsolen, bei denen die Japaner mit ihrer Play

Produktionsengpässe bei den blauen Laserdiolen für die so genannte Blu-ray-Technik, die aus der PS3 auch ein hochauflösendes Abspielgerät macht. Im Heimatmarkt Japan und in den USA soll die PS3 aber weiterhin wie geplant am 11. beziehungsweise am 17. November in den Verkaufregalen liegen. Damit werde Sony in diesem Jahr nur rund zwei statt der geplanten vier Millionen PS3 ausliefern, sagte Kutaragi.

Für Branchenexperten ist das ein weiterer „herber Schlag“: Sie erwarten, dass nun die neue Microsoft Spielekonsole Xbox 360 und Nintendos Konsole Wii im europäischen Weihnachtsgeschäft den Markt abräumen werden. Entscheidend aber: Die bereits eingeleiteten PS3-Erlöse fehlen zu nächst schlicht in der Konzernkasse. Die ist zurzeit stark belastet: Fast zeitgleich zum PS3-Debut platzte bei Sony die Akku-Bombe. Der Konzern muss die Kosten für den Rückruf von gut sechs Millionen Hochleistungs-Batterien

übernehmen, die er an die Computerbauer Dell und Apple geliefert hatte. Vereinzelt hatten sich die Lithium-Ionen-Akkus wegen interner Kurzschlüsse überhitzt. Im Internet kursiert ein spektakuläres Video, bei dem ein Laptop mit Sony-Batterie in Flammen aufgeht. Schwerer noch als der finanzielle Schaden – Sony-Chef Stringer schätzt, dass der Rückruf reichlich 200 Millionen Euro und damit ein knappes Viertel des Jahresgewinns kosten könnte – wiegt der Image-Verlust. Denn auf die Tonspur des Videos haben seine Verbreiter ausgerechnet den legendär selbstbewussten, lange Zeit genutzten Werbespruch des Konzerns gelegt: „It's not a trick – it's a Sony.“

So steht der ehemalige Innovationsmotor, vor dem in den 80er Jahren die Amerikaner und Europäer zitterten, dem mit pfiffiger Technik und schneller Markteroberung auch Grundig und Loe we das Wasser abgrub, jetzt selbst am Scheideweg. Und es scheint, als könnten Manfred Gerdes und sein oberster Chef Howard Stringer zurzeit gerade eine große Trickkiste gebrauchen – damit es nicht irgendwann heißt: „It was a Sony“.

Lars Radau



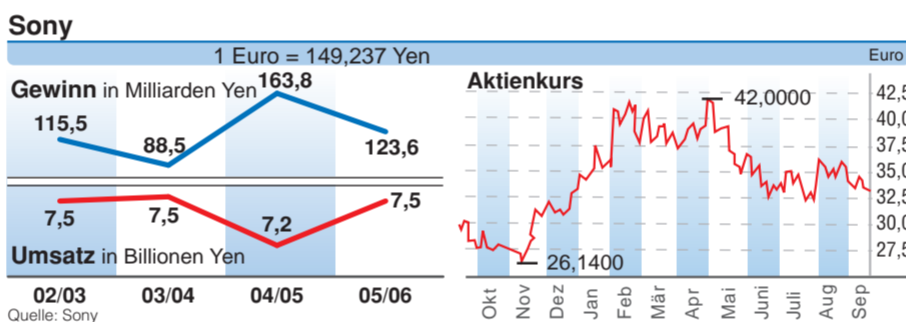
Montage: Enzo Forcinoti

rapiden Preisverfall bei Unterhaltungselektronik zusammenfiel. Dass Sony bei den LCD-Geräten mittlerweile Marktführer ist – vor Dauer-Wettbewerbern wie dem Unterhaltungselektronik-Multi Matsushita mit seiner Hauptmarke Panasonic und dem Philips-Konzern – sei deshalb „teuer erkaufte“, sagen Analysten.

Immerhin: Die eingeleitete Erholung des Kerngeschäftes Unterhaltungselektronik, das mit einem Umsatzanteil von 67 Prozent die größte Sparte bei Sony ist, trug dazu bei, dass der Gewinn einbruch des Gesamtkonzerns weniger heftig ausfiel als erwartet: Unter dem Strich verbuchte Sony im Geschäftsjahr 2005/

Station neben Nintendo und Microsoft zu den Marktführern gehören. Von der Play Station 2 setzte der Konzern weltweit über 100 Millionen Stück ab. Doch beim Nachfolger, für den die Konzernsparte Computer Entertainment verantwortlich zeichnet, scheint sich die Geschichte mit den LCD-Fernsehern zu wiederholen: Sony verpasst den Anschluss. Die von Fans und vor allem der Unterhaltungselektronik-Branche sehnsüchtig erwartete Play Station 3 (PS3) wird in Europa unter dem Weihnachtsbaum fehlen.

Ihr Verkaufsstart auf dem Kontinent verschiebt sich um weitere vier Monate – von November auf März. Grund seien



## Mieten in Sachsen steigen

Leerstand verringert sich / Immobilienverband kritisiert Stadtumbau-Programm

**Leipzig** (wer). Der Immobilienverband Deutschland (IVD) fordert Änderungen am Programm Stadtumbau Ost. Die staatlichen Zuschüsse müssten stärker für den Erhalt der Häuser eingesetzt werden, sagte gestern der Vorsitzende des IVD-Regionalverbandes Sachsen und Sachsen-Anhalt, Jürgen Poschmann. Das Programm sei zu stark auf den Abriss von Gebäuden konzentriert. Dadurch entstünden Lücken in Straßenzügen, so dass der Wert der benachbarten Häuser sinke. „Damit machen Sie eine ganze Wohngegend platt“, kritisierte Werner Thiemann, Mitglied des Regionalvorstands.

Allerdings profitiert die Immobilienbranche vom Stadtumbau auch, wie sich am Preisspiegel des Verbandes zeigt. Poschmann sagte bei der Vorstellung der Studie gestern, dass weniger Wohnungen leer stünden. „Der Stadtumbau greift, der Markt stabilisiert sich.“ Das Angebot werde knapper, die durchschnittliche Kaltmiete je Quadratmeter Wohnfläche sei in Sachsen gestiegen:

von 4,60 Euro vor zwei Jahren auf fünf Euro in den ersten Monaten 2006. In einigen Städten des Freistaates müssten die Mieter mehr zahlen, in anderen weniger. In Görlitz verlangen Vermieter von Wohnungen in Gründerzeithäusern zum Beispiel zwischen 2,50 und 4,50 Euro je Quadratmeter. In Leipzig dagegen reicht die Spanne von vier bis 5,20 Euro und in Bautzen von 4,50 bis sechs Euro. In Sachsen-Anhalt ist das Wohnen nicht billiger: In Halle liegen die Kaltmieten in einem Gründerzeithaus je Quadratmeter bei drei bis 6,20 Euro und in Magdeburg bei 4,10 bis sechs Euro.

Der Verband stellt aber fest, dass der Verbraucher bereit sei, für

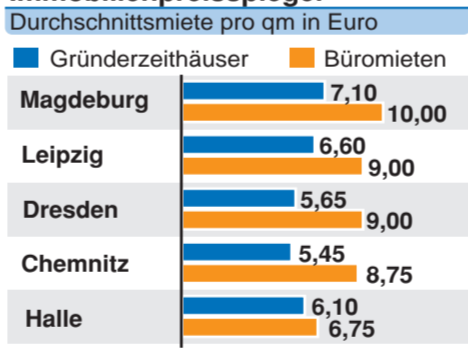
etwas Besonderes auch etwas tiefer in die Tasche zu greifen. Sehr gute Wohnungen in bevorzugten Lagen würden knapp. Ebenso aber auch kleine und einfache Wohnungen, die verstärkt von Studenten, Singles und Arbeitslosengeld-II-Empfängern nachgefragt würden. Bei Zwei- und Drei-Raum-Wohnungen mit einer Größe von 60 bis 80 Quadratmeter hingegen gebe es Leerstände.

Gekauft werden Wohnungen dagegen eher selten. Wer in Sachsen Eigentum erwerben möchte, tendiere gleich zum Eigenheim, heißt es im Immobilienpreisspiegel. Allerdings sei der Boom vorbei. Die eigenen vier Wände seien nach wie vor attraktiv. Aber die Angst vor Arbeitslosigkeit wir-

ke hemmend, potenzielle Bauherren überlegten sich den Schritt „sehr gründlich“. Dabei bestünden gute Voraussetzungen, da die Preise niedrig seien und die Zinsen günstig. Wenn jemand aber den Schritt wage, gehe der Trend zum Haus in der Stadt. Bauwillige sollten deshalb schnell zugreifen, da die Grundstücke voraussichtlich bald knapp würden. Zumindest in den „pulsierenden Städten“ wie Leipzig und Dresden.

Dort würden in den 1a-Lagen mittlerweile auch die Büroflächen knapp. Dennoch seien die Städte „prädestiniert für die Ansiedlung von Niederlassungen westdeutscher Unternehmen“, weil die Büromieten niedrig seien, warb der Verband. Er empfahl Sachsen aber auch für die Geldanlage: Für Anleger, die Mehrfamilienhäuser als Renditeobjekte erwerben wollten, stünden die Zeichen günstig. Die Kaufpreise seien niedrig, die Renditen böten Steigerungspotenzial. Und da die meisten Häuser schon saniert seien, müssten keine hohen Rücklagen für Reparaturen gebildet werden.

### Immobilienpreisspiegel



Quelle: ivd

Grafik: Enzo Forcinoti

## CDU-Politiker kritisieren Forschungsprämie

Benachteiligung für neue Länder befürchtet

**Leipzig** (wer). Die sächsischen Christdemokraten fordern, dass gemeinnützige Forschungseinrichtungen besser unterstützt werden. Sie sollen künftig wie Hochschulen eine Forschungsprämie erhalten, wenn sie im Auftrag kleiner und mittlerer Unternehmen arbeiten. Das sagten CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer und Staatskanzlei-Chef Hermann Winkler dieser Zeitung. Bundesbildungsministerin Annette Schavan (ebenfalls CDU) solle dies bei dem von ihr geplanten Förderprogramm berücksichtigen. Die Forschungsgesellschaften würden sonst benachteiligt, kritisierte Kretschmer.

Allerdings will das Bundesbildungsministerium nach Angaben eines Sprechers vor allem die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen fördern. Die Unternehmen hätten in den vergangenen Jahren immer mehr ihrer Forschung nach außen gegeben. Der Anteil der Hochschulen an

den Aufträgen aus der Wirtschaft sei aber gesunken. „Diesen Trend wollen wir stoppen.“

Offenbar gibt es im Bundesbildungsministerium auch rechtliche Bedenken. Nach Informationen dieser Zeitung wird befürchtet, dass Deutschland gegen EU-Vorschriften verstoße, wenn Zuschüsse an Forschungsgesellschaften gezahlt werden. Dies müsse durch das Ministerium geprüft werden, forderte Kretschmer. Sei es aber rechtlich möglich, würden sich Union und SPD für die Einbeziehung der Gesellschaften stark machen. Die Unternehmen sind aus den Forschungsabteilungen der DDR-Kombinate hervorgegangen.

Auch die IHK zu Leipzig spricht sich für die Forderung der CDU aus. Von der Prämie verspreche sich die Kammer eine stärkere Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Wirtschaft, sagte IHK-Präsident Wolfgang Topf.



Michael Kretschmer



Wolfgang Tiefensee

**Berlin**. Vor dem Hintergrund der deutlich verbesserten Finanzlage des Bundes und des absehbaren Endes des Solidarpaktes II im Jahr 2019 will Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) die Infrastruktur im Osten deutlich stärken. Dies soll allerdings gebündelt und nicht nach dem Gießkannenprinzip geschehen: „Wir haben nicht den Ehrgeiz, dass jede Region an einen ICE angeschlossen ist“, sagte Tiefensee gestern auf der Infrastrukturkonferenz Ost in Berlin.

Der Aufbau der ostdeutschen Verkehrsinfrastruktur sei längst nicht abgeschlossen, erklärte der Minister. „Es wird noch zehn bis 15 Jahre dauern, bis wir das Niveau erreicht haben, das wir für eine wirtschaftliche Entwicklung brauchen.“ Zwischen 1991 und 2005 hat der Bund mehr als 164 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur gesteckt, davon flossen allein 64 Milliarden Euro in den Osten. Die Meinung vieler Bürger sei aber falsch, dass die neuen

Länder nach den Milliardeninvestitionen der vergangenen Jahre kein weiteres Geld mehr benötigten. „Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor für Investoren“, sagte Tiefensee und führte als Beispiel Porsche und DHL in Leipzig an.

Auch Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), der sich im heißen Wahlkampf befindet, zählte erfolgreiche Infrastrukturprojekte der Hauptstadt auf. Aktuelles Beispiel: Der Flughafen Berlin Brandenburg International, von dem sich Wowereit „endlich internationale Anbindungen und 40 000 Jobs“ verspricht.

Um ausländische Geldgeber in den Osten zu locken, will der Bund die staatlichen Marketinggesellschaften Industrial Investment Council und Invest in Germany zusammenlegen und finanziell besser ausstatten. Zudem wird bis Ende 2007 ein Masterplan für Güterverkehr und Logistik erarbeitet. Maja Zehrt

## Medien

### Kinowelt übernimmt Zweitausendeins

**Leipzig** (sas). Michael Kölmel ist mit seiner Leipziger Medienfirma Kinowelt weiter auf Expansionskurs: Er hat den Frankfurter Medienversender Zweitausendeins komplett übernommen. Zum Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht. Die beiden Partner verbinde eine in großen Teilen identische Kundengruppe, teilten die Unternehmen gestern mit. Kinowelt will dabei nicht nur von dem neuen Vertriebskanal für die eigenen DVDs profitieren. Geplant seien insbesondere gemeinsame Aktivitäten übers Internet, so Kölmel. Damit soll auch jüngeres Publikum erreicht werden. In Kooperation mit Zweitausendeins hatte Kinowelt bereits die Eröffnung eines eigenen Geschäfts in der Leipziger Innenstadt angekündigt. Ein genauer Termin stehe noch nicht fest, hieß es gestern.

Zweitausendeins wurde 1969 gegründet und verkauft über zwölf eigene Läden sowie über Versandkataloge und Internet eigene und fremde Bücher, CDs, Software und DVDs. Das Unternehmen erwirtschaftete 2005 mit 150 Mitarbeitern 40 Millionen Euro Umsatz.

## Nutzfahrzeuge

### MAN will offenbar Scania schlucken

**München** (rtr). MAN erwägt offenbar ein Übernahmeangebot für seinen schwedischen Konkurrenten Scania. Bei einem Zusammenschluss würde der neue Konzern Marktführer in Europa. Eine Offerte werde vorbereitet und könnte in den nächsten Tagen unterbreitet werden, sagte gestern eine mit dem Vorgang vertraute Person. Weder MAN noch Scania noch Scania-Hauptaktionär VW wollten dies kommentieren. Scania-Aktien legten nach der Nachricht an der Stockholmer Börse um über neun Prozent zu und wurden vom Handel ausgesetzt. MAN-Papiere notierten fast drei Prozent höher bei 60,80 Euro. Spekulationen über ein Interesse von MAN an Scania hatten in den vergangenen Monaten immer wieder die Runde gemacht. Sie werden dadurch genährt, dass MAN-Chef Hakan Samuelsson Schwede ist und früher Manager bei Scania war.

## IT

### Handy-Chips machen Infineon zu schaffen

**Kulm** (rtr). Die Handychipsparte des Halbleiterkonzerns Infineon wird länger in der Verlustzone verharren als geplant. „Wir geben keinen Ausblick auf unseren Gewinn. Aber es wird wohl noch etwas länger dauern“, sagte gestern Unternehmenschef Wolfgang Ziebart. „Das wird in den nächsten paar Quartalen weiterhin so bleiben“, fügte Ziebart hinzu. Infineons Hauptkunde für Handychips ist die Ex-Siemens-Handysparte, die an den taiwanesischen Konzern BenQ verkauft wurde. BenQ Mobile leidet aber unter einem drastischen Marktanteilsverlust.

Infineon eröffnete gestern eine neue Fabrik in Malaysia, wo künftig bis zu 1700 Mitarbeiter diese Powerchips fertigen. Infineon erwartet in der Sparte ab 2010 einen jährlichen Umsatz von zwei bis 2,5 Milliarden Dollar.

## Luftfahrt

### Putin fordert Einfluss bei EADS

**Moskau** (dpa). Nach dem Einstieg Russlands beim europäischen Flugzeugbau- und Rüstungskonzern EADS will Präsident Wladimir Putin auch Einfluss auf die Leitung des Unternehmens durchsetzen. Das Thema stehe auf der Tagesordnung bei Putins Besuch am 22. September in Paris, berichtete gestern die Zeitung Kommersant in Moskau. EADS hatte am Vortag bestätigt, dass die staatlich kontrollierte russische Wneschotorgbank 5,02 Prozent Anteile an der Airbus-Muttergesellschaft erworben habe. In Paris solle geprüft werden, die EADS-Satzung so zu ändern, dass der wichtige Minderheitsaktionär ein Mitspracherecht bekomme. Anfang 2005 hatte Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder gedrängt, Russland an EADS zu beteiligen.

Infos unter: www.lz-online/download

## Finanzen

### HVB verkauft Bank Austria

**München** (dpa). Die HypoVereinsbank verkauft ihre österreichische Tochter Bank Austria Creditanstalt (BA-CA) sowie ihre Beteiligungen in Mittel- und Osteuropa an die Muttergesellschaft UniCredit. Dadurch fließt der HVB ein Buchgewinn von knapp 6,5 Milliarden Euro zu, teilte die Bank gestern mit. Davon stammten allein 5,8 Milliarden Euro aus der Übertragung der BA-CA. Das Geld will die HVB für organisches Wachstum, Zukäufe und die Stärkung des Investmentbanking nutzen. Die UniCredit zahlt für den 77,53 Prozent-Anteil der HVB an der Bank Austria rund 12,5 Milliarden Euro. Zuvor werden die Aktivitäten der HVB in Russland und im Baltikum an die Bank Austria übertragen. Die HVB Ukraine geht direkt an die UniCredit.